

Die Anerkennung der kurdischen nationalen und politischen Identität

im Zusammenhang des internationalen Rechtes

Erstellt: Verein der Juristen aus Kurdistan (YHK)

Herausgeber: KON-KURD (Konföderation kurdischer Vereine in Europa /Brüssel), YEK-KOM (Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.), FEYKA-KURDISTAN (Föderation kurdischer Vereine in Frankreich), CIK (Centre d'Information du Kurdistan / Paris), KIZ (Kurdistan Informations-Zentrum e.V. / Berlin), Comitee du Kurdistan (Brüssel), UIKI (Ufficio Informazione del Kurdistan / Rom), Radet Kurdistan (Kurdisches Rat in Schweden), FEY-KURD (Föderation kurdischer Vereine in Dänemark), FEKAR (Föderation kurdischer Vereine in der Schweiz), FED-BIR (Föderation kurdischer Vereine in Großbritannien), FED-KOM (Föderation kurdischer Vereine in den Niederlanden), FEY-KOM (Föderation kurdischer Vereine in Österreich) FEK-BEL (Föderation kurdischer Vereine in Belgien)

Inhaltsverzeichnis

- Einleitung
- Ziel
- Kurdische nationale Identität und Menschenrechte im internationalen Recht
- PKK-Verbot, Integration und kurdische nationale Identität
- Der Prozess der politischen Lösung und die militärische Kraft
- Ergebnis

Anhang:

- Die Bilanz der Kampagne „Auch ich bin ein PKK'ler“
- Einige ausgewählte Zeitungsartikeln über die Identitätskampagne
- Die Bilanz der Unterschriftenkampagne von KON-KURD
- Selbstanzeigeformular „Auch ich bin ein PKK'ler“
- Unterschriftenformular von KON-KURD
- Friedensprojekt der Arbeiterpartei Kurdistans

Einleitung

Obwohl in der Präambel der durch alle Staaten anerkannten UN-Menschenrechtscharta, die universellen Rechte und Freiheiten, mit den Worten: „da die Anerkennung aller Mitglieder der menschlichen Familie innewohnenden Würde und ihrer gleichen und unveräußerlichen Rechte die Grundlage für Freiheit, Gerechtigkeit und des Friedens in aller Welt bildet, da Verkenning und Missachtung der Menschenrechte zu Akten der Barbarei führten, die das Gewissen der Menschheit tief verletzt haben, und da die Schaffung einer Welt, in der Menschen, frei von Furcht und Not, Rede- und Glaubensfreiheit zuteil wird, als das höchste Bestreben der Menschheit verkündet worden ist, das es wesentlich ist, die Menschenrechte durch die Herrschaft des Rechts zu schützen, damit der Mensch nicht zum Aufstand gegen Tyrannei und Unterdrückung als letztem Mittel gezwungen wird, ...“ formuliert werden und damit viele Minderheiten, deren Bevölkerung nicht einmal 100.000 zählt, ihre Rechte und Freiheiten bekamen, leiden einige Nationen, darunter auch die Kurden, noch immer unter Gewaltherrschaft und Leugnung ihrer Existenz, welche durch brutale Gesetzesbestimmungen seitens der herrschenden Nationen niedergeschrieben ist.

Im Gegensatz zu anderen Nationen wird der, der Realität entsprechende Status Kurdistans, als eine „internationale Kolonie“, durch fast alle europäischen Gremien gegen den Willen der Kurden geleugnet. Die Kurden haben, trotz Gewalt- und Verleugnungspolitik, in allen Epochen der Geschichte Widerstand geleistet.

Obwohl alle Aufstände der Kurden schwere Folgen für sie hatten, haben sie auch für die Herrschenden nicht immer die gewünschten Ergebnisse gebracht. Besonders durch den am 15. August 1984 in Nordwestkurdistan (Türkei) begonnenen Aufstand¹ hat der kurdische nationale Befreiungskampf einen historischen Schritt hin zum Erfolg geleistet und gezeigt, dass der für die Kurden bestimmte Status, der ohne ihre Beteiligung festgeschrieben wurde für sie keine Gültigkeit mehr haben wird.

Die kurdische Bevölkerung sollte durch den internationalen Komplott² an dem Vorsitzenden der PKK, Herrn Abdullah Öcalan, erneut an den Rand der Vernichtung gebracht werden. Trotzdem hat die kurdische Nation in den letzten zwei Jahren nach der Entführung, durch ihre Führung, ihre gesellschaftliche Dynamik und ihre Institutionen, kurz in allen Bereichen des Lebens, bewiesen, dass die schwer erzielten Werte nicht so leicht aus der Hand gegeben werden, wie die Initiatoren des Komplottes hofften. Nach Analyse der Entwicklungen und Ergebnisse muss die kurdische Bevölkerung mit ihrer nationalen Identität nun ihren Platz in der Gemeinschaft der Völker einnehmen.

¹ Am 15. August 1984 startete die PKK Guerilla in Eruh (Provinz Siirt) und Semdinli (Provinz Hakkari) Angriffe gegen das türkische Militär und öffnete damit den Weg der modernen kurdischen nationalen Befreiungsbewegung.

² Da westliche Staaten unmittelbar daran beteiligt waren und zugestimmt hatten, dass er nach Verlassen seines jahrelangen Aufenthaltsortes Damaskus im Oktober 1998 am 15. Februar 1999 an die Türkei übergeben wurde und somit auch seine Friedensangebote unwirksam gemacht wurden, diese Staaten bei der Übergabe eine mittelbare und unmittelbare Rolle spielten, wird von einem internationalen Komplott gesprochen.

Ziel

Wie bekannt, hat die Teilung Kurdistans Anfang letzten Jahrhunderts mit der Unterzeichnung des San Remo Abkommens vom 18.-26. April 1920 begonnen, wurde direkt danach mit der Unterzeichnung des internationalen Abkommens von Sevres am 10. August 1920 fortgeführt und letztlich mit der Unterzeichnung des internationalen Abkommens von Lausanne, wobei die Türkei auch eine der Parteien war, vollendet³. Im Allgemeinen kann gesagt werden, dass vor der Unterzeichnung der Verträge die Kurden und damit Kurdistan von allen beteiligten Mächten erwähnt wurden und darüber debattiert wurde, aber eine Reflexion in offiziellen Dokumenten nicht aufgenommen wurde. Die Beteiligung der kurdischen Vertreter am Teilungsprozess Kurdistans wurde gar verhindert und ohne ihren Willen wurden ihr Land und ihre Identität durch einen historisch beispiellosen juristischen Akt, entsprechend der Interessen kolonialer Mächte, die als beteiligte Parteien fungierten, bestimmt und vollzogen. Obgleich seither in verschiedenen internationalen Institutionen die Rechte von Minderheiten, deren Bevölkerungszahl nicht einmal eine halbe Million erreicht, anerkannt wurden und sie nach und nach ihre Freiheit erlangten, ist von Lösungen, Föderation/Autonomie für die Kurden gar nicht die Rede, nicht mal die „kulturellen Rechte“ der über 40 Millionen Kurden, deren Land besetzt und annektiert wurde, werden durch die Ablehnungs- und Leugnungspolitik anerkannt.

Aber diejenigen, die an diesem Teilungsprozess teilgenommen haben, die sich bei jeder Gelegenheit zum Apostel der Demokratie und Freiheit erklären, haben diese Forderungen auf ideale Weise für ihre Interessen universalisiert. Zum Beispiel, während sie die Freiheiten abschaffen und die demokratischen Rechte eines ganzen Volkes ignorieren, erklären sie in der Charta von Paris für ein neues Europa, die sie für ihre innere Gerichtsbarkeit vorbereitet haben: "Menschenrechte und Grundfreiheiten sind allen Menschen von Geburt an eigen; sie sind unveräußerlich und werden durch das Recht gewährleistet. Sie zu schützen und zu fördern ist die vornehmste Pflicht jeder Regierung. Ihre Achtung ist wesentlicher Schutz gegen staatliche Dominanz. Ihre Einhaltung und uneingeschränkte Ausübung bilden die Grundlage für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden.... Demokratie beruht auf Achtung vor dem Individuum und Schutz für freie Meinungsäußerung, Toleranz gegenüber allen gesellschaftlichen Gruppen und Chancengleichheit für alle.... Wir bekräftigen, dass die ethische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität nationaler Minderheiten Schutz genießen muss und dass Angehörige nationaler Minderheiten das Recht haben, diese Identität ohne jegliche Diskriminierung und in voller Gleichheit vor dem Gesetz frei zum Ausdruck zu bringen, zu wahren."

Noch deutlicher wird die UN-Resolution 1514 für die Dekolonialisierung vom Dezember 1960, der 15. Generalversammlung wegen neuer Mitgliedschaften: "Die Souveränität der Völker unter Fremdherrschaft zu halten, ist gegen die Grundrechte der Menschen. Das widerspricht den Grundlagen der Vereinten Nationen und verletzt den Weltfrieden und die Zusammenarbeit weltweit. Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung; auf dieser Grundlage entscheiden und bestimmen sie ihren politischen Status".

Mit diesen Worten schaffen sie eine imperative juristische Norm.

Auf dieser Grundlage wollen wir folgende Fragen beantwortet wissen, um einem historischen Irrtum zu entgegnen.

Haben sich die Kurden grundlos bewaffnet? Welche verfassungsmäßigen und gesetzlichen Rechte hatten die Kurden vor dem bewaffneten Kampf als ein Volk

³ Eine Reihe von Abkommen zwischen 1920-1923, die die Grenzen, die Minderheiten und die Rechte der Minderheiten festlegten.

und eine Nation? Gibt es hierüber ein einziges nationales oder internationales Dokument?

Hat man Kenntnis darüber, dass, wie vor jedem bewaffneten Aufstand, Versuche, legale oder demokratische Institutionen zu gründen, blutig niedergeschlagen wurden? Hat man die blutigen Archive Kurdistans (sie befinden sich zumeist in den offiziellen Archiven Englands, der USA und Deutschlands) ernsthaft analysiert?

Welche legalen kurdischen Institutionen wurden sowohl im heutigen Europa, als auch seit der Gründung der Republik Türkei erlaubt? Weis man nicht, von dem Schicksal der vergangenen und heutigen Organisationen, die die demokratischen Forderungen der Kurden auf legaler Basis vertraten, wie HEP (Volkspartei der Werktätigen), ÖZ-DEP (Partei der Freiheit und Demokratie), DEP (Demokratie Partei)⁴?

Von wem wurden tausende Mitglieder (die Namen befinden sich in unseren Archiven) dieser legalen Parteien entführt und hingerichtet oder wurden sie alle Opfer umherfliegender Kugeln - im selben Zeitraum - oder haben sie Suizid begangen?

Wie entstand die PKK, und ist untersucht worden, welchen Preis die führenden Mitglieder dieser Partei dafür zahlen mussten, weil sie jeden demokratischen Zusammenschluss und alle Chancen für die Kurden zu nutzen versuchten?

Wer die Kurden und ihre legitimen Vertreter "Terroristen" nennt, muss zuerst diese Fragen beantworten.

Welche anderen Möglichkeiten hatten die Kurden, während ihre Grundrechte auf freie Gedanken, freies Leben und Nutzung aller demokratischen Rechte verboten wurden und alle ihre legalen Organisationen, wie oben erwähnt, blutig niedergeschlagen wurden? Der kurdischen Bevölkerung wurden zwei Möglichkeiten aufgezwungen: zum einen sich zu ergeben, zum anderen der Freiheitskampf unter der Führung der PKK. Die Kurden haben seit Dutzenden von Jahren die PKK gewählt. Wir meinen, dass deshalb weder die Europäer noch andere Mächte sich dazu äußern sollten. Der Freiheitskampf der Kurden kann nicht mit künstlichen Begriffen, wie Terror und Terrorismus, verhindert werden.

Wir kämpfen dafür, dass diese historische und unrechtmäßige Verfügung seitens der Urheber beseitigt werden muss. Wenn, wie oben erwähnt, Demokratie und Freiheit universelle Rechte der ganzen Menschheit sind, dann muss das kurdische Volk in den Genuss, der aus seinen Eigenschaft als Nation hervorgehenden Rechte, wie andere Völker und Minderheiten auch, kommen. Mit der Forderung nach Anerkennung dieser Rechte ermöglichen wir die Revision dieses Unrechts auf juristischer Ebene.

Ausgehend von dieser juristischen Begründung fordern wir die sofortige Aufhebung des PKK-Verbotes und die Korrektur der historischen Fehler gegenüber den Kurden und der Bevölkerung Kurdistans in Bezug auf nationale Identität auf der Grundlage internationaler Abkommen.

Unsere Forderungen stützen sich auf folgende Artikel und Paragraphen internationaler Erklärungen und Verträge:

1. Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen (10. Dezember 1948), Art. 1, 2, 6, 7, 8, 18, 19, 21, 22, 26, 27, 30
2. Internationales Abkommen der UN über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (K.T. 16. Dezember 1966), Art. 1, 2, 13/1, 13/3, 15/1, 15/2, 15/3

⁴ Alle diese Parteien wurden wegen der Verletzung des Parteigesetzes verboten.

3. Internationales Abkommen der UN über zivile und politische Rechte (K.T. 16. Dezember 1966), Art. 1, 2, 18/1, 18/4, 19, 24/1-2, 26, 27 (Ausübung des religiösen Glaubens in der eigenen Sprache)
4. UN-Charta (K.T. 26. Juni 1945), Art.1/2, 1/3, 13/1 (letzter Satz)
5. Erklärung des Europäischen Parlamentes über Grundrechte und Freiheiten (12. April 1989), Art. 1, 3/1 Sätze 2 und 3, 5, 6/1, 11/1, 16
6. Europäisches Menschenrechtsabkommen (4. November 1950), Art. 8, 9, 10, 11/1 (Alle Sätze), 14
7. Charta von Paris für ein neues Europa (21. November 1990), alle Beschlüsse unter der Überschrift "Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit"
8. Soziales Abkommen Europas (K.T. 18. Oktober 1961), Art. 5, 16, 17
9. Menschenrechtsabkommen Amerikas (K.T. 22. November 1969), Art. 7/1, 12/1 a, b, c, 12/2, 12/4, 13/1 und 2, 16/1, 18, 19, 24, 26
10. Charta von Afrika über Menschenrechte und Rechte der Völker (K.T. 27. Juni 1981), Art. 2, 3/1-2, 5 (alle Sätze), 6, 8, 9, 10, 17, 19, 20/1-2-3, 22, 23
11. Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE, Moskauer Tagung (3. Oktober 1991), betreffende Artikel
12. Schlussakte von Helsinki (1. August 1975), Abs. VII, VIII, X
13. Abkommen zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie Zusatzprotokolle (10. März 1954), Art. 9, 10, 14, 17
14. Rahmenabkommen des Europarates zum Schutze der Minderheiten, alle Artikel
15. Europäisches Abkommen über regionale Sprachen, alle Artikel
16. Erklärung von Teheran (K.T. 13. Mai 1968), Art. 1, 3, 5, 6, 7, 8, 9, 11, 13
17. Erklärung von Wien (K.T. 25. Juni 1993), Art. 1/1,2,3,-2/1,2-4-5-6-8-19/1,2,3-23
18. Internationales Abkommen zur Beseitigung von jeglichem Rassismus und Diskriminierung (K.T. 20. November 1963), alle Artikel des Abkommens
19. Internationale Genfer Konvention (Kriegsrecht) (K.T. 28. Juli 1951), alle Artikel der Konvention
20. Kopenhagener Kriterien, alle betreffenden Artikel

Kurdische nationale Identität und Menschenrechte im internationalen Recht

Das juristische Fundament unserer Forderungen in den internationalen Abkommen und Verträgen bilden folgende Grundsätze:

- Selbstbestimmungsrecht der Nationen
- Verbot der Diskriminierung und das Recht auf Selbstverteidigung gegen Diskriminierung
- Glaubens- und Religionsfreiheit, Wahl und Übertritt zu einer Religion, freie Ausübung und Äußerung der Religion....
- Recht auf Meinungsäußerung
- Das Gleichheitsprinzip
- Recht auf Namensgebung der Kinder
- Schutz und Beachtung der Identität (Europäisches Parlament, Abkommen über Grundrechte und Freiheiten)
- Das Recht auf individuelle Freiheit und Sicherheit
- Freiheit und Gleichheit von Recht und Würde durch Geburt (Menschenrechtsdeklaration der UN, Art. 1)
- Gewissensfreiheit

- Das Recht auf Beteiligung an der Regierung des eigenen Landes
- Achtung und Unantastbarkeit der Menschenwürde
- Ausübungsrecht der Bürgerrechte
- Achtung und Schutz der Privatsphäre
- Der Grundsatz, dass der Volkswille entscheidet
- Das Recht auf Selbstverteidigung gegen Unterdrückung und Tyrannei

Wenn ein Blick auf diese Abkommen, Erklärungen und Verträge geworfen wird, stellt sich unweigerlich die Frage an die internationale Gemeinschaft, an diejenigen, die das Land der Kurden durch Gewalt, Betrug und Intrigen an sich gerissen haben, ob die kurdische Bevölkerung aus diesen Abkommen und Verträgen herausgenommen wurde? Wenn die aufgezählten Rechte für die gesamte Menschheit gelten, wer oder was sind dann die Kurden?

Man kann noch mehr Fragen aufreihen. Aber es scheint so, dass die Kurden ohne sich wieder auf Täuschung einzulassen und obwohl dieser Weg schwierig und lang ist, ihren Platz früher oder später in der Menschheitsfamilie einnehmen werden. Wir wünschen, dass unsere Kampagne, beginnend mit diesem Projekt, einen Wendepunkt in unserem nationalen Befreiungskampf und für die Freiheit bildet.

Obwohl die PKK in den stärksten Phasen ihres Kampfes, 1993, 1995 und 1998 dreimal einen Waffenstillstand und eine friedliche Lösung anbot, hat sie kein Gehör gefunden. Trotzdem hat sie immer wieder durch Erklärungen, Pressekonferenzen und Diskussionen, insbesondere an die UN, aber auch an die ganze Menschheit appelliert und auf den Frieden beharrt. Außerdem hat sie die europäischen Länder, in erster Linie Deutschland, Frankreich, Großbritannien und den Europarat, wie alle anderen Institutionen dazu aufgefordert, sich für die Beendigung des Krieges und für eine friedliche Lösung der Kurdenfrage aktiv einzusetzen und zu vermitteln. Es ist aber auch bekannt, dass der türkische Staat auf den Krieg bestanden hat. Ein Punkt scheint noch erwähnenswert zu sein: Die PKK erkannte die Genfer Kriegskonvention von 1949 an und lud das internationale Rote Kreuz im Rahmen der UN zur Kontrolle der Einhaltung ein. Durch eine weitere Erklärung bot sie ihre Zusammenarbeit für die Beseitigung der Antipersonenminen an. Im übrigen stellt sich die Frage, ob die PKK, deren Vorsitzender Herr Abdullah Öcalan, sowohl während seines Aufenthaltes in Rom, als auch nach seiner Verschleppung nach Imrali durch einen internationalen Komplott, die Friedensphase und das Projekt der Demokratischen Republik entwickelte und deklarierte, oder ob diejenigen, die trotz dieser Realität am Krieg festhalten, Terroristen sind? Es ist auch bekannt, dass die oben aufgeführten Punkte durch offizielle Instanzen, sowohl Deutschlands, aber auch anderer Länder zur Sprache gebracht wurden und die Verbote selbst durch diese offiziellen Instanzen als unsinnig angesehen werden. Durch die Änderung der Strategie wurde die Ernsthaftigkeit der Friedensbemühungen der PKK anerkannt (BND und Verfassungsschutzberichte 1999-2000) Es wurde der Öffentlichkeit auch berichtet, dass die Sympathie der kurdischen Bevölkerung in Europa für die PKK angestiegen ist und die PKK es mit ihren Friedensbemühungen ernst meint. Im Hinblick auf diese Realität ist es notwendig, die Verbote aufzuheben, da die kurdische Identität gleichzeitig das Bekenntnis zur PKK bedeutet. Ein solches Ergebnis, das sowohl den UN Menschenrechten, wie auch den internationalen Abkommen für Grundrechte und Freiheiten entspricht, trägt viel zum Weltfrieden und zum Wohl der Menschheit bei. Man darf nicht vergessen, dass dies auch das Recht der kurdischen Nation ist, die, wie jede andere Nation auch, viel für ihre Freiheit entbehren musste.

PKK-Verbot, Integration und kurdische nationale Identität

Die Betätigungsverbote für die PKK in Deutschland und Großbritannien und in anderen europäischen Ländern basieren auf zwei Gründen:

- Bewaffneter Kampf
- Bilaterale Abkommen –politische wie ökonomische- mit der Türkei

Wenn man die Realität beachtet, hat der bewaffnete Kampf für die PKK nach dem 1998 erklärten Waffenstillstand, den sie auf dem folgenden außerordentlichen Parteitag zur strategischen Beendigung des Krieges umwandelte, an Bedeutung verloren. Diese Erklärungen und Beschlüsse werden in den nächsten Kapiteln eingehender behandelt. Daher wird hier mehr auf das PKK-Verbot und die bilateralen Abkommen mit der Türkei eingegangen. Ist es ein Zufall, dass das PKK-Verbot gerade vor Abschluss wichtiger Wirtschaftsverträge erfolgte? (Wie in Deutschland vor dem Liefervertrag deutscher Panzer in die Türkei, dem Türk-Sat-Satelliten Projekt und umfangreichen Waffengeschäften). Das alles veranlasst uns, die für die wirtschaftlichen Interessen geopferte Integrationsfrage und den inneren Frieden Europas, näher zu betrachten.

Obwohl es auf den ersten Blick nicht so aussieht, haben Länder wie Deutschland und Großbritannien genau wie die Türkei ein PKK-Problem und somit eine Kurdenfrage, die den inneren Frieden der Verbotsländer gefährden. Die Statistiken bestätigen, dass allein in Deutschland über 500 000, in Frankreich, der Schweiz, den Niederlanden und Belgien eine beachtliche Zahl Kurden leben. Wichtig dabei ist, dass über 90% dieser Bevölkerung eine organische Verbindung zur PKK unterhält, die selbst durch die Geheimdienste dieser Länder zugegeben wird. Aus diesem Grund kann gesagt werden, dass das Verbot ihrer Vertretung, das PKK Verbot, direkt den inneren Frieden Europas gefährdet, zumal diese Länder vor dem Problem der Integration der Kurden stehen, da diese Masse langfristig in Europa bleiben wird.

Die Fortdauer eines solchen Problems wird den Grund für die Gefährdung des inneren Friedens jener Länder und im allgemeinen Europas liefern. Damit kann gesagt werden, dass das PKK Verbot, die kurdische Realität oder anders gesagt die kurdische Frage und der innere Frieden Europas direkt zusammenhängen. Die Aufhebung des PKK-Verbotes und die Lösung der kurdischen nationalen Frage wird dem inneren Frieden Europas im allgemeinen und der Türkei dienen und die Frage der Integration lösen. Es ist klar, dass diese großartige Leistung nicht gegen kurzfristige ökonomische Interessen ausgetauscht werden kann.

Auf dieser Basis können wir leicht zu folgenden Ergebnissen gelangen: PKK ist der Name einer Bewegung, die eine organische Verbindung mit der Bevölkerung hergestellt hat. Deshalb ist der Fortbestand des PKK-Verbots für die große Mehrheit der kurdischen Bevölkerung mit der Aberkennung ihrer nationalen Identität, Rechte und Freiheiten, die auf der UN Menschenrechtscharta basieren, gleichbedeutend.

Dagegen bedeutet die Aufhebung des PKK-Verbotes in Europa die Beseitigung der Hindernisse für den inneren Frieden und die Integration, die Anerkennung der kurdischen nationalen Identität und ist ein großer Beitrag für den inneren Frieden in der Türkei; alles universelle, menschliche Werte, die es zu entwickeln gilt.

Zum Schluss betonen wir, dass jeder Unterzeichner folgender Forderungen mit seiner Unterschrift, sowohl die Aufhebung des PKK-Verbotes und damit die Anerkennung der kurdischen Identität fordert, aber sich auch für den inneren Frieden Europas und der Türkei verpflichtet. Das ist eine historische Verpflichtung.

Die positive Beantwortung des Antrages wird auch den 80jährigen „juristischen Schandfleck“ des Lausanner Abkommens von 1923, die Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung beenden.

Der Prozess der politischen Lösung und die militärische Kraft

Wir können sagen, dass nun ein von Zeit zu Zeit vorgebrachter Einwand seitens europäischer und türkischer Politiker seine Gültigkeit verloren hat. Sowohl der Vorsitzende der PKK, Herr Abdullah Öcalan in seinen unterschiedlichen Erklärungen, als auch der Präsidialrat der PKK in seinen Aufrufen an die Türkei und die Länder der EU, betonen, dass die PKK, wenn ein verfassungsrechtlicher und rechtlicher Rahmen für eine friedliche und demokratische Lösung der Kurdenfrage geschaffen werden, bereit ist, auf die Waffen gänzlich zu verzichten. Wer hierfür keine positiven Schritte unternimmt, zielt, unter dem Vorwand des bewaffneten Kampfes, auf die „bedingungslose Kapitulation“ der PKK, was unannehmbar ist.

Das Beispiel der nationalen Befreiungsorganisationen, die bis vor kurzem einen Jahrzehnte andauernden bewaffneten Kampf führten und als „terroristisch“ bezeichnet wurden, werden nun durch Vermittlung demokratischer Staaten, und gar der USA, an den Verhandlungstisch eingeladen. Bei den Friedensverhandlungen der Volksbefreiungsarmee Kolumbiens, FARC, der EZLN in Mexiko oder den Tamil Tigers in Sri Lanka steht der Aspekt „bewaffneter Kampf“ außen vor. An diesen Verhandlungen nehmen sogar die USA und andere internationale Mächte teil. Trotzdem eine Entwaffnung zu fordern, zeugt von mangelndem Friedenswillen. Deshalb raten wir denen, die die Entwaffnung und Zerstörung der militärischen Organisation der PKK fordern, dass sie ihren eigenen Befreiungsprozess und die oben aufgeführten Realitäten analysieren sollten.

Ergebnis

Aus den oben aufgeführten Begründungen heraus fordern wir, basierend auf den universellen Menschenrechten, wie alle anderen Völker und Nationen, die ihren legitimen Platz in der Menschheitsfamilie einnehmen, hat auch das kurdische Volk, als ein natürliches Mitglied dieser Familie, das Recht, den ihm zustehenden Platz einzunehmen. Die Anerkennung dieses Rechtes wird in Bezug auf die universellen Rechte und Freiheiten und deren Schutz, dem Weltfrieden einen großen Dienst erweisen. Außerdem, aus oben detailliert aufgeführten Gründen fordern wir:

- die Aufhebung des Verbotes gegen die PKK (Arbeiterpartei Kurdistans), die wir als Führung des nationalen Befreiungskampfes Kurdistans betrachten und in der jedes kurdische Individuum natürliches Mitglied ist,
- die Anerkennung unserer kurdischen nationalen, politischen Identität und damit auch die Anerkennung unseres Rechts auf Organisation,
- die Ermöglichung der Bildung in eigener Sprache und deren Verwendung als Grundlage der nationalen, politischen Identität.
- die Unterstützung aller Bemühungen für die Lösung der Kurdenfrage und Errichtung einer dauerhaften Demokratie in der Region und in Kurdistan,
- die bedingungslose Annullierung der Todesstrafe gegen den Vorsitzenden der PKK, Abdullah Öcalan und seine Freilassung,

zur Kenntnisnahme und mit dem Wunsch nach einer schriftlichen Antwort nach rechtlicher Überprüfung

Anhang:

Identitätsbekundung „Auch ich bin ein PKK'ler“

Am 31. Mai 2001 haben in Berlin mehrere kurdische Institutionen und Vereine eine Pressekonferenz abgehalten. Sie kündigten aus Anlass des Prozesses von Herrn Abdullah Öcalan vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof den Beginn einer europaweiten „Identitätskampagne“ an. Vorrangiges Ziel dieser Kampagne sei es, die Anerkennung der kurdischen nationalen und politischen Identität und die Beseitigung aller einer friedlichen demokratischen Lösung der kurdischen Frage im Weg stehenden Hindernisse – in diesem Sinne in erster Linie der Aufhebung des „PKK-Verbotes“ – zu fordern.

Am 31. Juni 2001 fand vor dem OLG Düsseldorf die erste Selbstanzeige-Aktion statt. 1470 Selbstanzeigen „Auch ich bin ein PKK'ler“ (s. Anhang) wurden dem Vorsitzenden Richter im Verfahren gegen ein kurdischen Politiker übergeben und somit die politische Identität bekundet. Parallel zu dieser Kampagne hat auch die „Konföderation kurdischer Vereine in Europa“ (KON-KURD) eine Unterschriftenkampagne begonnen unter dem Motto: „Wir wollen unsere nationale und politische Identität – Unsere nationale Identität ist unsere Würde“ (s. Anhang). Im Rahmen dieser Kampagne gab es in vielen europäischen Städten Hunderte von Aktivitäten wie z.B. wöchentliche Sitzdemonstrationen, Informationsstände, Kundgebungen, einen Langen Marsch von Mannheim nach Strassburg u.v.a..

Die Kurdinnen und Kurden zeigen mit der noch anhaltenden Kampagne das Bewusstsein von ihrer Kultur und Identität als einer Bereicherung für die Menschheitsgesellschaft. Die Kampagne deckte andererseits die Lösungs- und Handlungsunfähigkeit der europäischen Staaten gegenüber der kurdischen Frage noch weiter auf. Mit der folgenden Bilanz werden wir versuchen, diese Realität aufzuzeigen.

Bilanz der Identitätskampagne „Auch ich bin ein PKK'ler“

Im folgenden geben wir einen Artikel aus der Tageszeitung Özgür Politika vom 21. Juli 2001 wieder über die von der Kurdischen Demokratischen Volksunion (YDK) begonnene Identitätskampagne „Auch ich bin ein PKK'ler“:

21. 07. 2001 - Özgür Polika

YDK: „Die Beteiligung an der Kampagne ist groß“

Die Kurdische Demokratische Volksunion (YDK) nahm in einer schriftlichen Erklärung zu der von ihr begonnenen Identitätskampagne „Auch ich bin ein PKK'ler“ Stellung. Dort heißt es, dass die parallel zur 2. Friedensoffensive begonnene Kampagne mit großer Beteiligung weiter anhalte. „Die Aufhebung des Verbotes gegen die PKK sowie die Anerkennung der kurdischen Identität sind für die Lösung der kurdischen Frage unumgänglich“, so die Erklärung.

Die YDK-Erklärung führt an, dass sich Kurdinnen und Kurden im Rahmen der am 31. Mai 2001 begonnenen Identitätskampagne europaweit bei zuständigen Institutionen und Behörden als PKK'ler selbst angezeigt hätten. Bei der offiziellen Übergabe der Selbstanzeigen hätten sie erklärt, dass das europäische System eine große Verantwortung dafür trage, dass der Freiheitskampf dermaßen mit Schwierigkeiten konfrontiert werde und sich länger als notwendig verlängere. „Europa hat im internationalen Komplott gegen unseren Vorsitzenden Abdullah Öcalan eine Rolle gespielt und stellt heute das größte Hindernis für die

Friedenspolitik, im demokratisch-politischen Kampf dar," so die Kurdische Demokratische Volksunion.

Weiter heißt es, dass eine Lösung aus Europa die betreffenden Staaten (gemeint sind die Türkei, Irak, Iran und Syrien) zu einer Lösung zwingen würde. Daher eröffne die Aufhebung des PKK-Verbotes sowie die Anerkennung der kurdischen Identität den Lösungsweg.

Die Verbotsmentalität ist hinderlich

In der Erklärung heißt es, dass sich die Identitätskampagne durch das Interesse und die Beteiligung von Kurdinnen und Kurden mit jedem Tag ausweite und sie großes Interesse und Unterstützung von befreundeten Kreisen und demokratischen Menschen genieße. „Aber," so die YDK, „die traditionelle Verbotsmentalität des europäischen Systems stellt auch während der Identitätskampagne ein großes Hindernis dar." Das Desinteresse der deutschen Presse sei kein Zufall. Den legitimen Forderungen des kurdischen Volkes mit Verboten zu begegnen, sei eine Schande für Deutschland und England. Die Kampagne habe erneut bewiesen, dass das kurdische Volk sich mit der Realität seiner Partei und seinem Vorsitzenden, durch den diese geschaffen worden wäre, vereint habe.

Die Kampagne würde große Unterstützung von Nichtkurden genießen, so dass neue Informations- und Unterschriftenstände eröffnet werden würden, so die YDK-Erklärung. In verschiedenen Zentren Europas, vor allem in Belgien, seien Koordinationsbüros für die Kampagne eröffnet worden, die neue Projekte vorbereiteten. Die YDK erwarte für die kommende Woche die Beteiligung von Persönlichkeiten, Politikern und Künstlern an der Kampagne. Die Kampagnenformulare würden in alle europäischen Sprachen übersetzt und an die Öffentlichkeit verteilt werden.

87.100 Selbstanzeigen seit dem 13. Juni 2001 bis zum 28. August 2001

Die von der YDK in Europa begonnene Kampagne „Auch ich bin ein PKK'ler" hält weiterhin an. Ab dem 13. Juni 2001 bis zum 28. August 2001 haben sich bislang 87.100 Kurdinnen und Kurden mit ihrer Unterschrift unter den Selbstanzeigetext beteiligt und die unterschriebenen Formulare an zuständige Behörden übergeben. Vor allem in Deutschland, England und Frankreich, in denen die PKK verboten ist, haben sie mit ihrer Kampagne das Verbot für ungerecht und unakzeptabel erklärt und dessen sofortige Aufhebung gefordert.

Die Aufteilung nach Ländern ist wie folgt:

Deutschland:	34.456
Frankreich:	6.010
England:	5.362
Schweiz:	10.562
Balkan:	13.470
Skandinavien:	5.627
Österreich:	4.298
Niederlande:	3.970
Belgien:	1.095
Italien:	2.250

Weitere Presseberichte über die Identitätskampagne:

02.07.2001 – Özgür Politika

In Bayern keine Veränderung

Gestern wurden in München Kurdinnen und Kurden, die ihre Identität bekunden wollten, von der Polizei daran gehindert. Bei Durchsuchungen wurden mehrere Gegenstände beschlagnahmt. Die Polizei hatte die Menschen, die nach einer genehmigten Sitzdemonstration dem bayrischen Landesparlament 786 Selbstanzeigen „Auch ich bin ein PKK'ler“ übergeben wollten, daran gehindert und das Mitglied des Kurdischen Nationalkongresses Haci Erdogan sowie das PDS-Mitglied Nick Brauns festgenommen und erst in den späten Abendstunden freigelassen. Zudem wurde der Med-Kulturverein im Zentrum von München von der Polizei umstellt und von jedem Kontakt abgeschnitten. Die gründliche Durchsuchung im Verein wurde erst um 17.30 Uhr beendet. Computer, Disketten sowie Unterlagen und Dokumente wurden von der Polizei beschlagnahmt.

„Wir in Bayern sind anders“

Haci Erdogan, Mitglied des Kurdischen Nationalkongresses, erklärte unserer Zeitung gegenüber, nachdem er zuvor von der Polizei stundenlang festgehalten worden war, das Eingreifen der Polizei und die Durchsuchung seien willkürlich gewesen. Er selbst hätte vom Richter Franz Giersch die Genehmigung für die Veranstaltung erhalten. Erdogan erinnerte sich, dass der bayrische Verfassungsschutzvorsitzende Sappel ihm während der Festnahme erklärt habe: „Wir in Bayern sind anders“. Auf Haci Erdogans Antwort: „Die Kurden mögen Sie nicht, der Grund ist Ihre Haltung gegenüber den Kurden,“ habe Sappel entgegnet: „Wir sind nicht wie die anderen Bundesländer, wir lassen nichts zu.“ Erdogan erläuterte, dass in Bayern die Kurdinnen und Kurden schon immer willkürlicher staatlicher Repression ausgesetzt gewesen seien, und kündigte juristische Schritte gegen dieses Vorgehen an. Erdogan rief die Kurden dazu auf, sich nicht provozieren zu lassen, und erklärte: „Wenn unsere Identität nicht anerkannt wird, sind wir morgen wieder da, übermorgen auch.“

28.07.2001 – Özgür Politika

Unterschriftenlisten wurden beschlagnahmt

Gestern wollte eine Delegation des Stuttgarter Mesopotamien-Kulturvereins die Unterschriftenlisten „Auch ich bin ein PKK'ler“ der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe übergeben, aber die Stuttgarter Kriminalpolizei hat die Formulare beschlagnahmt. Die Delegation hatte sich gestern gegen 10.00 Uhr mit dem Auto auf den Weg nach Karlsruhe begeben, wurde aber in Kornthal zwischen Stuttgart und Heilbronn an einer Kontrollstelle aufgehalten, ihre Papiere überprüft. Anschließend wurden bei der Durchsuchung des Autos 1530 Selbstanzeigen „Auch ich bin ein PKK'ler“ mit der Begründung „strafbar“ beschlagnahmt, der Delegation aber kein Beleg über die beschlagnahmten Formulare überlassen. Die Tatsache, dass die Polizei trotz des Beharrens der Delegationsteilnehmer die Formulare beschlagnahmt hat, stützt die Annahme, dass die Kontrolle gezielt durchgeführt wurde. Der Polizeichef Bernd Wagner, der die Formulare beschlagnahmt hat, erklärte, dass er im Falle von Problemen die Verantwortung trage.

Gesprächstermin wurde verhindert

Die zweiköpfige Delegation des Mesopotamischen Kulturvereins, die die Unterschriften dem Verfassungsgericht übergeben wollte, hatte dort zuvor einen Gesprächstermin mit Zuständigen vereinbart. Sie wollte in dem Gespräch mit Herrn Stafler die Forderungen der Kurdinnen und Kurden zur Sprache bringen. Obwohl die Delegationsteilnehmer während der „Strassenkontrolle“ den Beamten ihren Gesprächstermin im Verfassungsgericht zu erklären versuchten, wurden sie von der Polizei stundenlang aufgehalten, bis sie den Termin nicht mehr wahrnehmen konnten. Öztürk Demir, Delegationsteilnehmer und Vorsitzender des Mesopotamischen Kulturvereins, ging auf die Identitätskampagne in anderen europäischen Zentren ein und erklärte, dass ihre Absicht nicht darin bestehe, Rechtsverstöße zu begehen. Demir unterstrich, dass die Unterschriften zur Übergabe an das Verfassungsgericht gedacht gewesen seien, und betonte, dass dieses Vorhaben durch die Vorgehensweise der Polizei bewusst verhindert worden sei. Demir führte aus, dass diese Verhinderungsversuche keinen Erfolg haben würden und fuhr fort: „Die deutsche Polizei zeigt ein solches Verhalten nur, um die Phase zu verlängern. Sie versucht, ein gerechtes Anliegen zu behindern, um diese Identitätskampagne, welche hundertprozentig zum Erfolg führen wird, zu verzögern.“

21.08.2001 – Özgür Politika

Hamburger Polizei terrorisiert

Das Kurdistan-Volkshaus in Hamburg wurde von der Polizei gestürmt. Die Durchsuchung mit über 100 Polizisten dauerte von 10.20 Uhr bis etwa 12.00 Uhr, wobei niemandem der Zutritt zum Verein gestattet wurde. Anschließend wurden Orhan Cagalan, Cevdet Omurca und Mesut Macit Muhamed, die sich zur Zeit der Durchsuchung im Verein befanden, festgenommen.

Obwohl die Polizei keinem Widerstand ausgesetzt war, brach sie die Türen im Verein gewaltsam auf. Bei der Durchsuchung wurden 6000 ausgefüllte Formulare „Die nationale und politische Identität des kurdischen Volkes muss anerkannt werden! Auch ich bin ein PKK'ler!“ beschlagnahmt, außerdem drei Computer und alle Akten und Dokumente. Parallel zum Verein durchsuchte die Polizei auch die Wohnung des Vereinsvorsitzenden Ali Sönmez, nachdem sie die Tür aufgebrochen und die Wohnung gestürmt hatte. Während der Vereinsdurchsuchung kamen Kurdinnen und Kurden, die von der Durchsuchung gehört hatten, zum Verein und protestierten gegen die Vorgehensweise der Polizei.

Merkwürdige Begründung für die Durchsuchung

Die Polizei begründete die Durchsuchung damit, dass die Kurden sich gegen das PKK-Verbot wendeten und am 2. Juli 2001 in Hamburg eine genehmigte Demonstration mit 5000 Kurdinnen und Kurden unter dem Motto: „Für die Anerkennung der nationalen und politischen Identität des kurdischen Volkes! Auch ich bin ein PKK'ler!“ durchgeführt hätten.

Auf die Klarstellung des Vereinsvorsitzenden Ali Sönmez, die Demonstration vom 2. Juli sei genehmigt gewesen, erwiderte ein Beamter: „Ihr verstosst gegen das Vereinsgesetz und stellt euch gegen das PKK-Verbot.“

Das ist eine Provokation

Ali Sönmez sagte unserer Zeitung gegenüber: „Diese Durchsuchung ist reine Provokation. Weil die Forderung des kurdischen Volkes nach Anerkennung seiner nationalen und politischen Identität in diesen Tagen auf der Tagesordnung steht,

versuchen europäische Staaten, allen voran Deutschland und England, alle unsere demokratischen Aktivitäten für die Anerkennung unserer Identität und für die Aufhebung des PKK-Verbotes sowie uns Kurden zu kriminalisieren.“ Sönmez erklärte, dass ihr Verein mit einer weit hergeholtten Begründung durchsucht worden sei. Sie hätten eine demokratische Aktion durchgeführt und seien mit einer solchen Repression konfrontiert. Dahinter stecke die Absicht, ihre Veranstaltungen in Zukunft nicht mehr zu genehmigen und sie abzuschrecken. „Was heute hier veranstaltet wurde, ist nichts als Provokation. Wir werden in Zukunft von unserem juristischen Recht Gebrauch machen und unseren Kampf für die Anerkennung der kurdischen Identität und für die Abschaffung des PKK-Verbotes mit demokratischen Aktionsformen weiterführen. Die Polizei kann uns mit solchen Mitteln nicht an unserem Kampf hindern. Wir verurteilen aufs Schärfste die Vorgehensweise der Polizei,“ so Sönmez.

10.06.2001 – Özgür Politika

Weitere 2100 Menschen sind PKK'ler

Nach Deutschland haben nun auch in Frankreich Kurdinnen und Kurden offiziell ihre PKK-Identität bekundet. Annähernd 1000 Kurdinnen und Kurden haben sich ab 10.00 Uhr vor dem Nationalparlament in Paris versammelt. Die Demonstranten trugen Transparente mit den Aufschriften: „Ich bin ein kurdisches Kind und möchte in meiner Muttersprache unterrichtet werden“, „Auch ich bin ein PKK'ler“, „Weg mit dem PKK-Verbot“ und „Freiheit für Abdullah Öcalan“. Die Kurdinnen und Kurden, die neben den Transparenten auch Bilder von Abdullah Öcalan und Fahnen der PKK trugen, tanzten kurdische Tänze und sangen kurdische Lieder. Eine dreiköpfige Delegation aus der Menge übergab die 2100 ausgefüllten Selbstanzeigeformulare an den Fraktionsvorsitzenden der Sozialistischen Partei Jean Jacques Kourkrandik.

Wir haben Unterstützung für unsere Rechte eingefordert

Mehmet Ülker, Vorsitzender des Kurdischen Kulturzentrums, und Ahmet Kaya erklärten, dass sie die Unterschriften an das Parlament übergeben hätten und sich in den kommenden Tagen Vertreter des Parlaments wegen eines Gesprächstermins melden würden. Die Delegation führte mit Vertretern der Französischen Demokratischen Einheit und der Sozialistischen Partei Gespräche und brachte ihre Forderungen zur Sprache. Ülker führte aus, dass sie in den Gesprächen die Unterstützung des französischen Parlaments für ihre Forderungen nach Aufhebung des seit 1993 bestehenden PKK-Verbots, nach Anerkennung des Rechtes auf muttersprachlichen Unterricht sowie nach Freilassung des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan verlangt hätten.

03.07.2001 – Özgür Politika

Farbenfrohes London

Nachdem in verschiedenen europäischen Städten Veranstaltungen für die Aufhebung des PKK-Verbotes und für die Anerkennung der kurdischen Identität durchgeführt worden waren, fand gestern auch in London eine ähnliche Aktion statt. Die „Föderation kurdischer Vereine in England“ hatte zu dieser Demonstration aufgerufen unter dem Motto: „Lasst uns für unsere politische und nationale Identität marschieren.“ An der Demonstration nahmen über 3000 Menschen teil. Die Veranstaltung endete mit der Übergabe von 3382 Unterschriften an das Ministerium des Inneren, die im Rahmen der Kampagne „Ich will meine Identität! Auch ich bin ein PKK'ler!“ gesammelt worden waren.

Ein weiterer historischer Tag in London

Die Demonstration begann um 14.00 Uhr im Zentrum der britischen Hauptstadt London, im St. James Park, und war von fröhlichen Farben beherrscht. Sie wurde in den stark bevölkerten Straßen vom Publikum mit regem Interesse aufgenommen. Die Demonstrationsteilnehmer trugen rot-gelbe T-Shirts und um den Hals Plakate mit den Aufschriften: „Auch ich bin ein PKK'ler“, „Ich will die kurdische Identität“ und „Der Frieden darf nicht verboten werden“. Die Teilnehmer riefen zudem Parolen wie „Es lebe der Vorsitzende Apo!“ und „Ich will meine Identität!“.

3382 Unterschriften beim Innenministerium

Die Demonstrationsteilnehmer verteilten Flugblätter in Englisch und informierten die Menschen über ihr Anliegen. Die britische Polizei hatte starke Sicherheitsvorkehrungen getroffen und filmte die Demonstration. Das Verhalten der Polizei blieb bei den Teilnehmern nicht unwidersprochen. Anschließend bewegte sich der Demonstrationzug Richtung Innenministerium, wo eine Delegation die 3382 Unterschriften übergab.

02.07.2001 – Özgür Politika

Ecevit bewertet die von Kurden begonnene Identitätskampagne: „Wir müssen vorsichtig sein“

Der Türkische Ministerpräsident Bülent Ecevit erklärte, dass die PKK ihre Politisierungsbestrebungen auch in der Türkei verstärkt habe und rief zur Vorsicht auf.

In der Live-Sendung "Sonntags-Panorama" beim TV-Sender TRT-1 äusserte der Ministerpräsident der Türkei, Bülent Ecevit, angesichts der "Bemühungen der PKK um eine Politisierung" auch in der Türkei sei Vorsicht geboten. Im Verlauf des Programms kam auch die von kurdischer Seite in Europa durchgeführte Kampagne für die Anerkennung nationaler und politischer Identität zur Sprache. Ecevit bewertete dies als "Errichtung politischer Plattformen der PKK in Europa": "Auf politischer Ebene ist etwas in Bewegung gekommen, doch sind einige Länder demgegenüber aufmerksam. Zur Zeit ist die Situation meiner Meinung nach unbedenklich. Die PKK bemüht sich auch in der Türkei um eine Politisierung, ebenfalls in den Nachbarländern und in Europa. Das ist eine bekannte Tatsache. Dass es sich bei dieser politischen Organisierung jedoch um eine Verschleierung des wirklichen Gesichtes der PKK handelt, wird zunehmend verstanden. Trotzdem müssen wir demgegenüber sehr aufmerksam sein. Der Terror ist weitgehend überwunden. Aber wir dürfen nicht nachlässig werden. Immer noch gibt es Tausende von bewaffneten PKK`lern in den Nachbarländern. Es wird alles unternommen, um die Bewegung zu politisieren."

Bilanz der Unterschriftenkampagne von KON-KURD

Parallel zur Identitätskampagne haben alle Föderationen und Vereine, die Mitglied der Konföderation kurdischer Vereine in Europa (KON-KURD) sind, ab dem 13. Juni eine Unterschriftenkampagne mit der Überschrift: „Völker gibt es mit ihrer Identität, unsere politische und nationale Identität ist unsere Würde!“ begonnen. Verschiedene kurdische und internationale Institutionen und Organisationen haben ihre Unterstützung erklärt. In allen Städten mit einem kurdischen Verein wurden Stände eröffnet (in einigen deutschen Städten wurden

diese nicht genehmigt), in Großstädten haben Kurdinnen und Kurden wöchentliche Sitzdemonstrationen durchgeführt sowie Demonstrationen und Kundgebungen organisiert. Der Großteil der Unterzeichner sind Europäer, die die Forderung des kurdischen Volkes für berechtigt halten und sich ebenfalls für die Anerkennung der politischen und nationalen Identität des kurdischen Volkes einsetzen. Während die auf Profite ausgerichteten internationalen Kreise die drei Affen spielen, zeigt unsere Kampagne, dass die Völker hinter unseren legitimen Forderungen stehen.

Die Zwischenbilanz der noch anhaltenden Kampagne von KON-KURD geben wir im folgenden durch Presseartikel der Özgür Politika wieder.

20.7.2001 – Özgür Politika

KON-KURD weitet ihr Ziel aus

Wie die Konföderation Kurdischer Vereine in Europa (KON-KURD) in einer Erklärung bekannt gegeben hat, ist das Ziel von 100 000 Unterschriften im Rahmen der Kampagne unter dem Motto "Völker existieren mit ihrer Identität. Unsere nationale und politische Identität ist unsere Würde" bereits überschritten. Als neues Ziel seien deshalb 200 000 Unterschriften gesetzt worden.

Die Identitätskampagne ist eine wichtige Antwort

Die Identitätskampagne habe den Staaten wie Deutschland, England, USA, die dem kurdischen wie anderen Völkern Willen und Identität rauben wollten, eine wichtige Antwort gegeben. Ausser aus westeuropäischen Ländern hätten sich Menschen aus der Türkei, Kurdistan, dem Balkan, den GUS-Staaten, Ägypten, Saudi-Arabien, Israel, Japan, Australien, Kanada und den USA an der Kampagne beteiligt, so die Erklärung.

Es wird darauf hingewiesen, dass die nationale und politische Identität des kurdischen Volkes sowie seine Führungswahl respektiert werden sollten, und die Notwendigkeit betont, dass die organisierte, politische Kraft als Ansprechpartner anerkannt werde. Die Unterschriftenkampagne sei ein Beleg dafür, dass das kurdische Volk sich nicht von seiner Führung, der nationalen und politischen Wahl distanzieren werde. Die Erklärung endet: „Wir rufen unser Volk dazu auf, sich mit allen Kräften an der Unterschriftenkampagne zu beteiligen, an Menschen, die noch nichts von der Kampagne gehört haben, heranzutreten und um ihre Unterstützung zu werben und dafür zu sorgen, dass die Unterschriftenformulare in den Vereinen unterschrieben werden.“

Selbsterklärung:

„ Auch ich bin ein PKK'ler „

Da dem kurdischen Volk selbst das elementare Lebensrecht vorenthalten wurde, blieb ihm keine andere Wahl als der Griff zu den Waffen. Nach über 20 Jahren Krieg, wurde von unserer nationalen Führung, Abdullah Öcalan, ein strategischer Wechsel eingeleitet. Seit zwei Jahren kämpft die PKK mit ausschließlich politischen Mitteln für eine friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage. Auf der Grundlage dieser neuen Strategie durchlebt die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) eine umfassende Erneuerung. Zu einer Lösung fest entschlossen, hat sie ihre politischen Aktivitäten entgegen aller Widerstände weiterentwickelt, ohne den legalen Rahmen zu verlassen.

Auch wenn in geographischer Hinsicht die kurdische Frage im Mittleren Osten entstanden ist, ist sie aufgrund ihrer historischen, politischen und internationalen Verbindung, dennoch ein Problem Europas, das auf seine Lösung wartet. So spielte Europa bei der Festlegung der Grenzen des Mittleren Ostens eine führende Rolle. Deshalb sieht sich nun Europa mit der Aufgabe konfrontiert, auch bei einer Lösung der dortigen Probleme seine Rolle zu spielen. Genau wie es mit der Entführung unseres Vorsitzenden im Rahmen eines internationalen Komplottes das Fehlen einer Lösungsperspektive zeigte, nutzt Europa auch heute nicht die Gelegenheit, die sich durch die PKK bietet.

Während die Mehrheit der europäischen Mitgliedsstaaten die Einhaltung der Kopenhagener Kriterien zur Voraussetzung für die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union macht, negieren sie gleichzeitig die nationalen und politischen Status der Kurden, die in Europa leben. So beharren insbesondere Deutschland und England gegenüber der PKK, als die legitime politische Vertretung des kurdischen Volkes, auf eine Politik der Verbote. Mit dieser destruktiven Haltung stellt sich Europa in den Kontext der gegen das kurdischen Volk geführten Vernichtungs- und Verleugnungspolitik. Wie in der Vergangenheit so auch heute, setzt Europa seine negative Tradition fort. Dies stellt nichts anderes als eine Politik der Doppelmoral dar:

1. Auf dieser Grundlage erkläre ich als Angehörige/r des kurdischen Volkes, dass ich die neue Linie der PKK teile, die seit zwei Jahren ihren politischen Kampf auf legaler Grundlage führt. Weiterhin erkläre ich mich der PKK zugehörig.
2. Ich rufe die europäischen Mitgliedstaaten dazu auf, sich an den Maßstäben messen zu lassen, die sie gegenüber anderen Nicht-Mitgliedstaaten anlegen. Außerdem rufe ich diese Staaten dazu auf, bezüglich den in Europa lebenden Kurden, den erklärten Kriterien eines Beitrittes zur Europäischen Union selbst gerecht zu werden. Deshalb fordere ich für das kurdische Volk die offizielle Anerkennung der Rechte, die auch anderen Völkern zugestanden werden.
3. Weiterhin fordere ich die offizielle Anerkennung der kulturellen und politischen Werten, welche das kurdische Volk in einem großen Kampf geschaffen hat. In diesem Zusammenhang fordere ich die Achtung der nationalen und politischen Identität meines Volkes.
4. Ich unterstütze die Linie des demokratischen Kampfes der PKK, welche auch von ihrem 7. Kongress bestätigt wurde. In Anbetracht der Tatsache, dass die PKK in einem Zeitraum von zwei Jahren keine einzige Aktion unter

Anwendung von Gewalt durchgeführt hat, fordere ich die Aufhebung sämtlicher Verbote, die sich gegenüber der PKK in Anwendung befinden.

5. Des weiteren erkläre ich, dass die einzige Garantie für eine dauerhafte Lösung, die Freiheit unseres nationalen Führers, Abdullah Öcalan, und die Schaffung von Möglichkeiten für sein politisches Wirken sind. Deshalb fordere ich: „Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan“.

Hiermit erkläre ich, dass ich das gegen die PKK ausgesprochene Verbot und die strafrechtliche Verfolgung der Mitgliedschaft in der PKK sowie der strafrechtlichen Verfolgung der aktiven Sympathie für die PKK, auf das Schärfste verurteile. Weiterhin erkläre ich, dass ich dieses Verbot nicht anerkenne und sämtliche Verantwortung übernehme, für das, was sich daraus ergibt

Vorname, Name:	Unterschrift:
Anschrift:	Datum:

* * * * *

Unterschriftenformular von KON-KURD:

Völker existieren mit ihre Identität Unsere politische und nationale Identität ist unsere Würde

Das kurdische Volk, welches zur Entwicklung der Zivilisation in Mesopotamien beitrug, sah sich in seiner Geschichte der Verleugnung durch internationale Kräfte und einer Vernichtungspolitik ausgesetzt. In einem langen Überlebenskampf konnte es sich behaupten. Heute, am Anfang des 21. Jahrhunderts, ist seine lebendige politische Existenz wahrnehmbar. Dazu trug insbesondere sein Befreiungskampf im letzten Viertel des zurückliegenden Jahrhunderts bei.

Zu Beginn des letzten Jahrhunderts wurden die Kurden zu Leidtragenden der Politik des „Teilens und Herrschens“, welche im Mittleren Osten zur Anwendung kam. Die Vertreter dieser Politik gaben dem Mittleren Osten ein neues Gesicht. Europa, insbesondere Großbritannien, spielte dabei eine führende Rolle. Aber auch Deutschland und die USA waren an der Aufteilung Kurdistans an die Araber, Perser und die Türken, sowie der Festlegung des Status Quo in der kurdischen Frage beteiligt. Die einhergehende Verleugnung der kurdischen Identität hatte im gesamten 20. Jahrhundert Bestand.

Im letzten Vierteljahrhundert führte das kurdische Volk einen erfolgreichen Kampf gegen die Vernichtung seiner Identität. Dieser wurde unter extremen Bedingungen geführt und forderte einen hohen Preis. Nun hat er ein Stadium erreicht, in dem sich die Anerkennung der kurdischen Identität aufdrängt. Da Europa zur Aufteilung Kurdistans beitrug, kommt ihm eine besondere Verantwortung zu. Die Haltung Europas in der kurdischen Frage ist offenkundig.

Neben der Spaltung des Mittleren Ostens und der Diffamierung des kurdischen Widerstandes als „terroristisch“, wurde auch den in Europa lebenden Kurden die nationale und politische Identität aberkannt.

Das kurdische Volk wird diesen Zustand nicht mehr länger hinnehmen. So wird es sich gegen die von Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland ausgesprochenen Betätigungsverbote der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) zur Wehr setzen. Der Prozess des Vorsitzenden der PKK, Abdullah Öcalan, vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte soll genutzt werden, um die Rechte der in Europa lebenden Kurden einzufordern. Dabei wird die Haltung Europas gegenüber den politischen Rechte der Kurde und sein ambivalentes Verhältnis zu den eigenen moralischen Werten zur Sprache kommen.

Wir erklären, als in Europa lebende Kurden, dass wir den Kampf solange fortsetzen, bis die Anerkennung unserer politischer und gesellschaftlichen Realität erreicht ist. Wir erklären auch, dass diese Forderung in unseren Strukturen, den Vereinen, Föderationen und Konföderationen an erster Stelle stehen wird. Die Beendigung des 15 jährigen Krieges und der von der PKK entwickelte Friedensplan bietet hierbei eine wichtige Grundlage. Die darin formulierten Lösungsansätze stehen im Einklang mit den „Kopenhagener Kriterien“.

Deshalb rufen wir die europäische Staatengemeinschaft dazu auf, gemäß seiner demokratischen Werte, die politischen und nationalen Rechte des kurdischen Volkes anzuerkennen.

Deshalb fordern wir:

- Das Betätigungsverbot der PKK muss aufgehoben werden. Weiterhin fordern wir die Unterlassung anderer Unterdrückungsmaßnahmen gegen die politische und nationale Identität der Kurden.
- Die nationale und politische Identität der Kurden muss anerkannt werden. Die Möglichkeit auf freie Organisation und Artikulation muss gewährleistet sein.
- Das grundlegende Recht auf Ausbildung in der eigenen Muttersprache und ihren freien Gebrauch.
- Die Unterstützung aller Bemühungen für eine umfassende Lösung des türkisch-kurdischen Konfliktes.
- Die Unterstützung aller Bemühungen für Demokratisierung im Mittleren Osten und für Freiheit in Kurdistan.
- Die Verhängung der Todesstrafe gegen den Vorsitzenden der PKK, Abdullah Öcalan, muss unverzüglich und ohne Bedingungen aufgehoben werden. Abdullah Öcalan muss freigelassen werden.

Das Friedensprojekt der PKK

Beschlüsse des 7. Kongresses der PKK

Das Wort "Frieden" ist in allen Sprachen eines der schönsten Wörter. Die Menschheit hat den Frieden, der die Voraussetzung für die Entwicklung wirtschaftlichen und sozialen Wohlstands ist, immer für wichtig erachtet. Der Frieden hat besonders im 20. Jahrhundert im sozialen und politischen Bereich als fundamentaler moralischer Wert, in der menschlichen Wertekategorie seinen Platz eingenommen. Das Leid in der jüngeren Geschichte der Menschheit, besonders durch die zwei Weltkriege, haben durch die schrecklichen Zerstörungen und den Ruin die Verantwortung und das Bewusstsein dafür hervorgebracht, dass ein Leben in Frieden wertvoller ist.

Das 21. Jahrhundert ist die Epoche, die durch Demokratie und Freiheit geprägt sein wird. In diesem Sinne muss überall der Frieden etabliert werden. Es geht darum, politische und soziale Fragen friedlich zu lösen, was mehr bedeutende Resultate bringen wird, als alle durch Krieg entstandene Lösungen.

Es hat sich gezeigt, dass für die heutigen Fragen in Irland, Palästina, Ost-Timor und dem Baskenland vor diesem Hintergrund versucht wird, die Probleme zu lösen.

Frieden muss schon deshalb angestrebt werden, damit das durch den Krieg vergossene Blut und das erfahrene Leid nicht sinnlos wird und ein für die Menschheit nützliches Resultat entsteht. Das ist eine der größten menschlichen und politischen Verantwortungen.

Die kurdische Frage ist eines ungelösten Probleme auf dieser Erde und beschäftigt die Menschheit seit langem. Dementsprechend hat sich die PKK mit der Erfahrung von 25 Jahren Kampf dazu entschlossen, die Probleme friedlich zu lösen.

Im Mittleren Osten lebt das kurdische Volk mit Türken, Arabern und Persern zusammen und wird natürlich auch weiterhin mit diesen Völkern zusammenleben.

Wenn man die kurdische Frage zur Diskussion stellt, muss man besonders die türkisch-kurdischen Beziehungen und deren geschichtlichen Werdegang betrachten. Die erste besondere Begegnung von Türken und Kurden in der Geschichte war im Krieg von Malazgirt, in dem unter dem Kommando Alparslans die Armee der Seltschuken die Armee von Byzanz besiegte und so den Weg nach Anatolien öffnete.

Die Kurden haben in diesem Krieg an der Seite der Türken gekämpft und beachtliche und große Unterstützung bei der Erschließung Anatoliens geleistet. Eine ähnliche Unterstützung gab es im Jahre 1514 während des Caldiran Krieges; danach reichte die osmanische Grenze an die heutige iranische Grenze und führte zu einer fortschrittlichen Entwicklung, die die ganze arabische Welt umfasste.

Die türkisch-kurdischen Beziehungen in dieser Epoche sicherten die Ostgrenze des osmanischen Reiches und ermöglichten so dessen Ausdehnung bis nach Wien. In der gesamten Geschichte des türkischen Volkes war die Zeit nach dem ersten Weltkrieg die kritischste Epoche. Es musste einen Befreiungskampf führen, den das kurdische Volk mit dem Bewusstsein unterstützte, für ein gemeinsames Vaterland zu kämpfen. Im Ergebnis wurde die türkische Republik gegründet.

Die Geschichte hat gezeigt, dass trotz der guten Beziehungen des türkischen und kurdischen Volkes jederzeit die Türken daraus den größeren Nutzen zogen. Der Tiefpunkt in den Beziehungen zum kurdischen Volk begann 1924 und dauert bis zum heutigen Tage an.

Das kurdische Volk hat als Hauptgründungsmitglied im Jahre 1920 am Befreiungskampf um ein gemeinsames Vaterland teilgenommen, jedoch wurde seine Existenz ab 1924 verleugnet und es wurde seiner natürlichen Rechte beraubt.

Die Ausweglosigkeit und die Fehler der kurdischen Aufstände brachten die ohnehin schmerzliche Geschichte an einen tragischen Punkt. Das kurdische Volk befand sich wegen der Verleumdung und Unterdrückung in einer Phase des Niedergangs. Die Türkei hingegen, die mit der Unterdrückung der Kurden ihren Aufbau verwirklichte, konnte ihre Probleme und das unterentwickelte System nicht überwinden. Während die ungelöste kurdische Frage dem kurdischen Volk keinen Ausweg bot, intensivierte die Türkei ihre Politik der Verleugnung. Das führte zu einer totalen Trennung zwischen dem kurdischen Volk und der Türkei auf psychologischer und sozialer Ebene. Die türkisch-kurdischen Beziehungen erreichten somit den schwierigsten Punkt in der Geschichte.

Der bewaffnete Kampf der PKK ging als der längste, umfangreichste und von den Resultaten her als der bedeutendste kurdische Aufstand in die Geschichte ein. Er begann unter Bedingungen, die keine andere Methode zuließen. Daher kämpft die PKK in erster Linie für die Anerkennung der Existenz und der Identität des kurdischen Volkes. Der Kampf der PKK gegen eine solche Verleugnung ist legitim. Dass sich die PKK in so einer kurzen Zeit entwickeln konnte und inzwischen das gesamte kurdische Volk vertritt, ist darauf zurück zu führen.

Die Folgen des 15jährigen ununterbrochenen Krieges waren sowohl für die Türkei als auch für das kurdische Volk sehr schwerwiegend. In diesem Krieg verloren über 30.000 Menschen des kurdischen und türkischen Volkes ihr Leben, die meisten davon Guerillas und Soldaten. Tausende türkische und kurdische Menschen, viele von ihnen aus der Guerilla, wurden verletzt.

In den Jahren des Krieges wurden Zehntausende Kurden verhaftet und gefoltert. Annähernd 4000 kurdische Dörfer wurden zerstört und verbrannt. Über 5 Millionen Kurden wurden in die türkischen Metropolen und ins Ausland vertrieben. Das Volk war gezwungen, unter ärmlichen und aussichtslosen Bedingungen zu leben, da die Wirtschaft in den Dörfern und Städten ruiniert ist.

Die türkische Gesellschaft hat in vielen Bereichen des Lebens - besonders auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet - während des Krieges unter großen Schwierigkeiten gelitten. Die Kriegskosten, die sich auf über 100 Milliarden Dollar belaufen, haben die Türkei in eine ökonomische Krise gestürzt. Für den Krieg gegen die PKK und für die Auslandsunterstützung, veräußerte die Türkei ihre ökonomischen Ressourcen sehr billig. Dies verstärkte die ökonomischen Probleme und somit auch die sozialen. Die Türkei konnte sich trotz hoher Entwicklungspotentiale wegen der ökonomischen Schwierigkeiten aus diesem Teufelskreis nicht befreien. Diese Umstände verstärkten den sozialen und kulturellen Niedergang und schufen eine instabile Gesellschaftsstruktur.

Mit der Kriegswirtschaft und -politik zerfiel auch die innere Struktur des Staates. Mafiose Banden und Profiteure verdienten am Krieg. Die Verbindungen zwischen Staat und Mafia, die im Fall von Susurluk an die Öffentlichkeit gelangten, sind nur ein Ausdruck der Beziehungen und Strukturen, die dieser Krieg hervorgebracht hat. (Nach einem Autounfall bei Susurluk kam heraus, dass Militär, Mafia und Teile des Staatsapparates eng zusammen arbeiten; Anm. d.

Übers.) Aber das eigentliche Beziehungsgeflecht und der damit verbundene Zerfall des Staates ist viel weitläufiger und tiefgründiger.

Es hängt unmittelbar mit dem Krieg zusammen, dass die Türkei in der Politik ihr Gleichgewicht verlor, so dass politische Parteien und Gruppen entstanden, die direkt vom Krieg profitierten. Das Ansehen der Politik und der Politiker sank so auf ein niedriges Niveau und die Spannungen wurden zum alltäglichen Zustand. Die Außenpolitik der Türkei war davon ebenfalls betroffen. Die Diplomatie orientiert sich am Krieg und war nicht in der Lage eine lösungsorientierte Politik zu entwickeln. Die ungelöste kurdische Frage führte in der Außenpolitik dazu, dass keine Alternativen zum Krieg entwickelt werden konnten, Beziehungen aufgebaut wurden, die der geostrategische Situation nicht gerecht wurden und die Türkei zwangen, Beziehungen einzugehen, die sie unter Druck setzen konnten. Die Probleme mit den Staaten in- und außerhalb der Region gestalteten sich ähnlich schwierig. Dies führte zur Isolierung auf internationaler Ebene. Die negativen Entwicklungen in der Außenpolitik engten die ökonomischen und politischen Möglichkeiten der Türkei ein und verursachten Widersprüche, die die Überwindung dieser unmöglich machten.

Unter den gegebenen Bedingungen gelang es der Türkei weder, die PKK zu liquidieren, noch die kurdische Frage verschwinden zu lassen, noch konnte sie konkrete Lösungen entwickeln.

Die PKK erkannte, dass der Konflikt an einem Punkt angelangt war, an dem mit der Fortsetzung des Krieges keine weiteren Erfolge mehr erzielt werden konnten und erklärte daraufhin 1993 einen einseitigen Waffenstillstand. Doch diese Initiative blieb erfolglos, da zum einen die Türkei für eine Lösung nicht bereit war und zum anderen die Vorbereitungen der PKK nicht ausreichten. Außerdem kam es durch beide Seiten zu Provokationen, die die Phase sabotierten. Das zweite Waffenstillstandsangebot 1995 sollte die ausweglose Situation beider Seiten überwinden, konnte aber ebenfalls kein Resultat erzielen.

Der Kampf der PKK ist ein historischer Fortschritt, in dem die grundsätzlichen Probleme aufgezeigt wurden und eine Lösung reifen konnte, auch wenn dieser Prozess einige Mängel aufweist und eine umfassende Lösung bisher nicht erreicht werden konnte. Weder in der Entstehungsphase der PKK noch in ihren späteren Äußerungen war eine unbedingte Trennung von der Türkei festgelegt. Wenn sich die PKK auch zu bestimmten Zeiten unterschiedlich äußerte, war sie vom Wesen her immer für eine freies und demokratisches Miteinander.

Schon im Vorfeld der Auslieferung unseres Vorsitzenden an die Türkei hatte sich für beide Seiten die Dringlichkeit für die Lösung des Problems gezeigt. Die Entwicklungen weltweit und in der Region erhöhten die Notwendigkeit einer friedlichen und akzeptablen Lösung als den einzigen Weg, doch konnte dafür noch keine geeignete Basis gefunden werden, um die Stagnation in dieser Frage zu überwinden.

Unser Vorsitzender versuchte mit dem Waffenstillstand vom 1. September 1998 und mit der Deklaration von Rom eine friedliche und demokratische Lösung voranzutreiben. Durch das internationale Komplott wurde er an die Türkei ausgeliefert. Das hat eine neue Chance eröffnet, wenn auch auf eine tragische Weise. Unser Vorsitzender, Abdullah Öcalan, nahm seine Gefangennahme zum Anlass, um bei der Verteidigung auf Imrali einen Lösungsvorschlag zu machen. Mit diesem soll ein womöglich Jahrzehnte andauernder Kurdisch-Türkischer Krieg verhindert und eine Formel für die festgefahrene Situation vorgelegt werden.

Dieser Vorschlag sieht die Lösung der kurdischen Frage im Rahmen einer demokratischen Republik vor, ohne die Staatsgrenzen anzutasten. Diese Lösung, die den kurdisch-türkischen Beziehungen in der Geschichte und der gesellschaftlichen Realität der Türkei entspricht, beinhaltet die Anerkennung der kurdischen Identität und die Freiheit für sprachliche und kulturelle Entwicklung.

Der Ansatz für eine freie Einheit im Rahmen der Demokratisierung entspricht auch den Tendenzen weltweit und den Besonderheiten der Probleme im Mittleren Osten. Es ist eine der Regionen auf der Welt, die das größte Bedürfnis für Demokratisierung hat, da sich hier die nationalen, ethnischen und religiösen Widersprüche konzentrieren.

Die Geschichte ist geprägt von Konflikten und Spannungen. Deshalb gibt es für die Lösung der Probleme und für die Entwicklung dieser Region keinen anderen Weg, als eine ihren Bedingungen entsprechende Demokratisierung.

Die kurdische Frage drängt nach einer Lösung, da sie die Beziehungen zwischen den Ländern und Völkern im Mittleren Osten am meisten belastet. Der bisherige Krieg und die Auseinandersetzungen haben die Situation der Kurden und die daraus resultierenden Probleme ausreichend deutlich gemacht. Sowohl die herrschenden Staaten, als auch das kurdische Volk haben erkannt, dass diese Frage nicht durch Krieg gelöst werden kann. Die Erfahrungen der Geschichte und der Auseinandersetzungen zeigen, dass eine Lösung der kurdischen Frage im Rahmen der Demokratisierung realisiert werden kann, ohne die Grenzen anzutasten.

Die Türkei könnte in der Region als bedeutende Macht eine positive Rolle spielen, doch da sie keine demokratische Ordnung aufgebaut hat, betrachten die Völker der Region sie immer mit Argwohn. Daher ist der Weg für die Türkei versperrt, in der Region Einfluss zu bekommen. Die ungelöste kurdische Frage ist zu einem Faktor geworden, der die Entwicklung und Stabilität der Türkei verhindert. Die objektive und konkrete Situation verlangt umgehend die Schaffung einer friedlichen Grundlage, was damit zu einer unverzichtbaren Aufgabe für die Türkei und den gesamten mittleren Osten wird.

Ein Frieden in der Türkei, der sich auf der Grundlage einer demokratischen Lösung der kurdischen Frage entwickelt, wird in der Türkei und im Mittleren Osten Stabilität und in allen Bereichen einen Fortschritt bringen. Ein demokratischer Frieden in der Türkei wird dazu beitragen, daß alle Fragen im Mittleren Osten, allen voran die kurdische Frage, nacheinander eine demokratische Lösung finden. Eine ähnliche Lösung wird auch in anderen Ländern den Weg zur ökonomischen, sozialen und kulturellen Entwicklung eröffnen und den Mittleren Osten in das Zeitalter der Demokratie und Freiheit bringen.

Wenn die Türkei politische Stabilität erlangt, wird sich ihre Wirtschaft sehr schnell entwickeln. Die kurdische Frage wird nach über 200 Jahren kein Hindernis mehr darstellen und die Türkei stärken. Die Türkei wird so zu den einflußreichen Ländern der Region und der Welt werden. Die politischen und sozialen Strukturen der Türkei werden ihr Gleichgewicht wieder erlangen, und die Degenerierung in diesen Bereichen wird beendet sein. Alle ethnischen, religiösen und sozialen Gruppen, allen voran das kurdische Volk, werden von dem Prozess der Demokratisierung und Freiheit profitieren und einen bedeutenden Beitrag für die Zukunft der Türkei leisten.

Die Türkei wird von den politischen, sozialen und kulturellen Errungenschaften, die die Resultate des Friedens sein werden, in einer kurzen Zeit sehr viel

gewinnen. Damit wird sie sich zu einem beispielhaften und attraktivem Land in der Region und auf der Welt entwickeln.

Mit dem Aufbau einer entsprechenden Ordnung, die die geographischen, sozialen und kulturellen Gegebenheiten berücksichtigt, wird sich der seit zweihundert Jahren von der Türkei ersehnte Frieden kontinuierlich etablieren.

Das türkische Volk, dass seit 200 Jahren und verstärkt seit 40 Jahren seinen Kampf um Demokratisierung führt, hat schon längst mit seinen ökonomischen, sozialen und kulturellen Erfahrungen ein Anrecht auf Frieden und die Gestaltung der Zukunft.

Die Demokratische Republik wird so die Bedingungen für einen Frieden und die Möglichkeiten für Entwicklungen schaffen, die das Resultat eines langen und schmerzvollen Kampfes sind. Unser Genosse und Vorsitzender, Abdullah Öcalan, hat als Zeichen seiner Verantwortung und Verbundenheit gegenüber den Völkern Anatoliens und Mesopotamiens ein Friedensprojekt vorgeschlagen. Dieser Schritt, der auch von einem großen Teil der Verantwortlichen in der Türkei geteilt wird, ist eine historische Chance.

Unsere Partei hat den Vorschlag unseres Vorsitzenden vom 2. August, den bewaffneten Kampf zu beenden und ein neues Friedensprojekt zu beginnen, unterstützt und begann am 1. September, dem Weltfriedenstag, die bewaffneten Einheiten hinter die Grenze der Türkei zurückzuziehen. Letztendlich beendeten wir so alle Auseinandersetzungen, bis auf die Gefechte, die bei den Operationen der türkischen Armee gegen unseren Rückzug stattfanden.

Die Beendigung des Krieges ist in kurzer Zeit in der türkischen Gesellschaft und beim kurdischen Volk positiv aufgenommen worden. Das türkische und kurdische Volk haben mehrheitlich den Schritt unterstützt. Besonders nachdem klar war, dass ein dauerhafter Frieden viel neue Möglichkeiten eröffnen würde, ist eine noch größere Ablehnung gegen den Krieg entstanden.

Der Schritt hin zum Frieden hat in der Türkei die politische, ökonomisch und soziale Lage entspannt. Bis auf die negativen Auswirkungen des Erdbebens bei Mamara begann sich die Ökonomie tendenziell zu erholen. Selbst das türkische Kapital und die Verantwortlichen im Staat müssen zugeben, dass mit einem Frieden die ökonomischen Probleme gelöst und eine ökonomische Entwicklung aus der Misere herausführen könnte. Wie sich schon bei der Aufnahme der Türkei als Beitrittskandidat für die Europäische Union gezeigt hat, gibt es bei der Aussenpolitik der Türkei eine Öffnung, die sich noch weiterentwickeln lässt. Die PKK hat ebenfalls, um die Ernsthaftigkeit ihrer Friedensbemühungen zu verdeutlichen, aus den Reihen der Guerilla und Europa zwei Friedensgruppen entsandt. Sie hat so alle Hindernisse eines bewaffneten Konfliktes beseitigt und die Einstellung aller Kampfhandlungen garantiert, um eine demokratische Bewegung zu fördern.

Unsere Partei begrüßt grundsätzlich verschiedene Aussagen der türkischen Regierungsvertreter, in denen die Aufhebung der Beschränkung der kurdischen Sprache und Kultur erwähnt wird, auch wenn die freie, öffentliche Diskussion natürlich noch ungenügend ist.

Unsere Partei versucht daher, die positiven Bemühungen noch zu vertiefen und die kurdische Frage zu lösen. Deshalb wurde auf dem außerordentlichen 7. Kongress das in Ansätzen begonnene Projekt der Demokratischen Republik offiziell beschlossen und durch die Änderung der Strategie zum demokratischen Kampf die Basis für eine praktische Umsetzung geschaffen. Der Kongress nahm auch die einstweilige Verfügung des europäischen Menschengerichtshofes zur Aussetzung der Todesstrafe Abdullah Öcalans als ein positives Zeichen auf,

obwohl es noch mehrerer Punkte gibt, die einer Entwicklung im Friedensprozess im Wege stehen.

Der 7. außerordentliche Kongress hat in Hinblick auf die Verteidigungsreden unseres Vorsitzenden, Abdullah Öcalan, im Programm eine strategische Veränderung vorgenommen und auf der Grundlage der Demokratisierung in der Türkei die Umsetzung eines Friedensprojektes beschlossen. Ziel ist es, die Gründe für den Krieg, die Faktoren für den Abstand des kurdischen Volkes zur Türkei aufzuheben.

Die von der PKK einseitigen und gering zu schätzenden Schritte für eine friedliche Lösung werden mit großer Entschiedenheit fortgesetzt werden, um diese Friedensphase weiter voranzutreiben. Ungeachtet der Provokationen von Innen und Außen wird am Erfolg dieser Phase, mit angemessenem Ausdruck und Umgang bis hin zu einer entsprechenden Arbeitsmethode, gearbeitet werden. Unser Kongress wertet die Fortschritte der Türkei als ermutigend, auch wenn sie unzureichend sind. Die Realisierung eines Friedens wird mit Optimismus und Hoffnung gesehen und unsere Beschlüsse sind vor diesem Hintergrund gefällt worden.

Es ist klar, dass der Türkei bei der Lösung der kurdischen Frage die Hauptrolle zufällt. Deshalb liegt auch die größte Verantwortung für die Lösung einer Frage, die seit 200 Jahren besteht, und die Beseitigung der Ursachen dafür bei der Türkei. Die Geschichte hat eindeutig gezeigt, dass die Politik der Vernichtung und Verleugnung zu keinem Ergebnis geführt hat. Daher ist die Zeit gekommen, in der die Türkei die Ursachen für die Spannungen und die Konflikte erkennen und das Notwendige dafür tun muss. Die momentanen Bedingungen bieten dafür eine historische Chance. Die Türkei muss diese jetzt ergreifen und sich auch verantwortungsvoll gegenüber den kurdischen Staatsbürgern verhalten, die zu den Gründungsmitgliedern der Republik gehören und mit denen das türkische Volk untrennbar verbunden ist. Dieses Verhalten würde gleichzeitig auch der türkischen Geschichte gerecht werden, die schon große Staaten hervorgebracht hat.

Daher müssen für gegenseitige positive Schritte in Hinblick auf eine Lösung die entsprechenden Aufgaben erfüllt werden. Dazu gehören sichtbare Fortschritte auf beiden Seiten, um so den Frieden mit dem Aufbau der demokratischen Republik zu krönen.

Der 7. Kongress fasste folgende Beschlüsse:

A) In Bezug auf unseren Vorsitzenden Abdullah Öcalan:

Unser Kongress betrachtet den Prozess in Imrali gegen unseren Vorsitzenden, Abdullah Öcalan, als Ursache und Folge der politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Anatolien und Mesopotamien. In dieser Hinsicht sind die Bedingungen unseres Vorsitzenden ein Ausdruck der Bedingungen, in denen auch das kurdische Volk leben muss. Sein Lebensrecht ist auch das Lebensrecht des kurdischen Volkes und seine Freiheit ist auch die Freiheit des kurdischen Volkes. Auf dieser Grundlage kämpft unser Vorsitzender trotz schwieriger Bedingungen für den Frieden. Das Leben und die Freiheit Abdullah Öcalans ist die Voraussetzung für die Umsetzung und Verwirklichung des vorgelegten Friedensprojektes.

B) In Bezug auf die Verfassung und juristische Bedingungen:

1- Unsere Partei sieht es als einen grundlegenden Schritt an, wenn die nationale Identität des kurdischen Volkes erneut anerkannt wird, wie es, als anerkannter Mitbegründer der Republik, in den ersten Verfassungsdokumenten der Türkei im Protokoll von Amasya der Fall war. Desweiteren müssen die Staatsbürgerlichen Rechte verfassungsmäßig garantiert und festgeschrieben werden, damit die Völker durch ein freies und selbstbestimmtes Miteinander eine beständige Basis für friedliche Veränderung und eine gesellschaftliche Verständigung bilden.

2- Unserer Partei fordert, dass in der Türkei die Freiheit der Gedanken, des Glaubens, des Ausdrucks und der Organisierung durch eine demokratische und soziale Rechtsreform garantiert werden. Die Struktur des Staates muss sich, frei von undemokratischen Institutionen, in der Verfassung durch eine Vereinbarung manifestieren, die den gesellschaftlichen Frieden und Verständigung sicherstellt.

3- Unsere Partei glaubt an die Notwendigkeit, dass eine demokratische Verfassung dem Individuum, den politischen Gruppen, der kulturellen Identität und unterschiedlichen Glaubensrichtungen die Grundlage für eine organisierte und freie Teilnahmemöglichkeit bieten muss. In diesem Sinne sollten Pluralismus und kulturelle Unterschiede nicht als schwächend, sondern als Bereicherung und Ergänzung angesehen werden.

4- Unsere Partei sieht im Rahmen der universellen Rechtsnormen der generellen Prinzipien von menschlichen Grundrechten und Freiheiten folgende Punkte als Mindestforderung für einen dauerhaften Frieden und Demokratie: Eine Änderung der Verfassung und der Gesetze, die sich auf die kulturelle Identität, Sprache und alle anderen Grundrechte beziehen; die Einhaltung der Pariser Verträge, der Kopenhagener Kriterien und der UN-Charta müssen garantiert werden.

5- Unsere Partei sieht es als notwendig an, alle Institutionen aufzulösen, die im Widerspruch zu allgemeingültig Rechtsnormen stehen und dem Aufbau von Verwaltung und Politik in zivilen, demokratischen Ländern nicht entsprechen. An deren Stelle steht die Schaffung demokratischer Institutionen, hierfür muss:

- a) der Ausnahmezustand aufgehoben werden
- b) die Sondergerichte aufgelöst werden
- c) die Macht der zentralen Autorität aufgeteilt und an ein örtliches Verwaltungssystem übertragen werden.

C) In Bezug auf die politische Situation:

1- Die PKK sieht die Anerkennung der politischen Grenzen in der vorhandenen Form als einen grundlegenden Vorteil für das türkische und kurdische Volk an, da sie seit hunderten von Jahren auf demselben Boden leben und das gleiche Schicksal teilen.

2- Die PKK hält es für unverzichtbar für die umfassende Lösung der Probleme und für den inneren Frieden, dass die Todesstrafe unverzüglich abgeschafft wird. Desweiteren muss eine Generalamnestie erfolgen für alle politischen Gefangenen

(auch die für Gedankenvergehen verurteilten), für die, die politische Arbeit im Ausland leisten für und alle bewaffneten Einheiten in den Bergen.

3- Die PKK hält es für notwendig, dass für die Bildung einer Grundlage für den Frieden und Demokratisierung alle gesellschaftlichen Gruppen in die Diskussion mit einbezogen werden, um gemeinsam einen Beitrag zu leisten. Für die Umsetzung des Friedensprozesses ist es eine Voraussetzung, dass die politischen Parteien, die zivilgesellschaftlichen Organisationen, vor allem die Arbeiter und Frauen sowie andere gesellschaftlichen Schichten, in Kontakt und Dialog treten, um in diesem Rahmen durch gemeinsame Organisation Aktivitäten zu entfalten.

D) In Bezug auf die ökonomische und soziale Situation:

1- Unsere Partei sieht es als notwendig an, ein Rückkehrprogramm vorzubereiten und umzusetzen und die auf Grund des 15 jährigen Krieges zerstörten mehreren tausend Dörfer neu aufzubauen, um der geflüchteten Bevölkerung eine Rückkehr zu ermöglichen. Es wird gefordert, dass der Staat für diesen Zweck finanzielle Mittel zur Verfügung stellt, um den erlittenen Schaden des Volkes wieder gut zu machen. Die Rückkehr muss ökonomisch, politisch und administrativ unter nationaler und internationaler Beteiligung gefördert werden. Unsere Partei wird dafür ebenfalls alle organisierten Kräfte einsetzen und in jeder Hinsicht unterstützend und mobilisierend mitwirken.

2- Unsere Partei unterstützt Schritte für verantwortungsvolle ökonomische Investitionen und Entwicklungsprojekte, die historische Bauten und die Natur schonen, mit dem Ziel, die grundlegende ökonomische Situation der Region zu verbessern und den sozialen Wohlstand zu heben. Aufgrund der schweren Zerstörung besonders der historischen Reichtümer und der Natur, wird die Aussetzung des Baus der Ilisu- und Mercan - Staudämme und die Einstellung der Projekte gefordert.

E) In Bezug auf die Beendigung der Gewalt:

Unsere Partei glaubt daran, dass in unserer Epoche für die Lösung gesellschaftlicher und sozialer Fragen die Methode des bewaffneten Kampfes generell an Bedeutung verloren hat. Daher ist es unverzichtbar, die Gewalt in unserem Land zu beenden, um auf zivilisatorischer und menschenwürdiger Grundlage eine Verständigung und die Atmosphäre für einen Frieden zu entwickeln.

1- Der bewaffnete Kampf wird für beendet erklärt. Die bewaffneten Einheiten werden so lange in Verteidigungsposition gehalten, bis die Voraussetzungen für einen Frieden geschaffen, die gesetzlichen und politischen Veränderungen vorgenommen und die notwendigen Sicherheiten gegeben wurden.

2- Es wurde entschieden, die bewaffneten Einheiten hinter die türkische Grenze zurückzuziehen - das wurde weitgehend umgesetzt. Es wird abermals betont, dass die Türkei ihre Operationen beenden muss, um die in der Türkei verbliebenen Kräfte abziehen.

3- Die hinter die Grenze abgezogenen Kräfte stellen keine Bedrohung mehr für die Türkei dar und alle dafür notwendigen Umstrukturierungen werden durchgeführt.

4- Das Dorfschützersystem muss aufgehoben werden und alle illegalen bewaffneten Einheiten sollen ihre Tätigkeiten beenden. Die als "Morde unbekannter Täter" verübten Tausende von Verbrechen müssen aufgeklärt und die Verantwortlichen bestraft werden.

5- Wenn die gesetzlichen und politischen Garantien gegeben worden sind und die Entwicklung positiv verläuft, ist parallel und organisiert die Eingliederung der gesamten Kräfte in die Demokratische Republik vorgesehen.

6- Unter Berücksichtigung der o.g. Punkte müssen alle militärischen Operationen gegen unsere bewaffneten Einheiten und unser Volk eingestellt werden. Dafür ist es unverzichtbar, dass die in den Kriegszustand versetzten türkischen Armeeeinheiten entsprechend der normalisierten Lage umstrukturiert werden.

7- Über die Kriegsjahre sind in den Boden, auf dem das kurdische Volk lebt, Hunderttausende von Minen unterschiedlicher Bauweise verlegt worden. Es wird dazu aufgefordert, mit Hilfe türkischer und internationaler Spezialisten diese Minen zu beseitigen, um Menschenleben zu retten.

F) In Bezug auf einen dauerhaften Frieden in den kurdischen Regionen:

1- Die PKK sieht für das gesamte kurdische Volk im Irak, im Iran und Syrien eine demokratische Lösung in den vorhandenen Grenzen vor. Falls eine gleichberechtigte, freie und demokratische Lösung realisiert wird, wird das kurdische Volk eine Brückenfunktion und Vorreiterrolle für die Entwicklung von Frieden und die Stabilität in der Region übernehmen.

2- Die PKK strebt an, das größte Hindernis für die Lösung der kurdischen Frage, die Spaltung zwischen den Kurden, zu überwinden. Dafür wurden in einem langen und schwierigen Kampf Werte geschaffen, auf deren Grundlage die nationale Einheit und Frieden hergestellt werden sollen. Auf diesem Hintergrund wird das Waffenstillstandsangebot an die KDP hiermit erneuert. Es ist das Ziel, mit der KDP und allen anderen politischen kurdischen Organisationen einen Dialog, einen dauerhaften Frieden und gegenseitige Beziehungen aufzubauen. Um die nationale Einheit und den Frieden zu sichern, werden alle nationalen Kräfte dazu aufgerufen, die mit Einheit und Frieden unvereinbaren Verhaltensweisen der KDP aufmerksam zu beobachten und zu verurteilen.

3- Von den bewaffneten Kräfte unserer Partei aus wird es, vor allem im Süden sowie in allen anderen Gebieten, keine Aktionen und Bedrohungen anderen Einheiten gegenüber geben, falls sie nicht angegriffen werden. Bis auf weiteres werden die Kräfte in Verteidigungsposition gehalten.

4- Unsere Partei möchte entsprechend der neuen Strategie nicht nur mit der Türkei, sondern auch mit dem Iran, Syrien und Irak die strittigen Fragen mit friedlichen Methoden lösen; das beinhaltet auch die Lösung zwischenstaatlicher Probleme, die generell mit Unterdrückung und Bedrohung nicht gelöst werden

können. Die Bedrohung eines Staates einem Anderen gegenüber kann nicht akzeptiert werden. Damit verbunden soll der mit der Türkei angestrebte Frieden keine anderen Staaten bedrohen und den dauerhaften Frieden in der Region und die Zusammenarbeit fördern.

G) In Bezug auf die Realisierung des Friedensprojektes:

1- Unsere Partei entwirft parallel im Rahmen des vorgestellten Friedensprojektes detailliertere Pläne für die Realisierung des Projekts. Es ist vorgesehen, dass, auf Gegenseitigkeit beruhend, negative Faktoren für den Friedensprozess bekämpft werden. Dazu gehören primitiver Nationalismus, aggressiver Chauvinismus, provozierendes und unkonstruktives Verhalten jeder Art.

2- Alle Verhaltensweisen, die den Prozess für Frieden und Verständigung einer Provokation aussetzen, müssen auf beiden Seiten verhindert werden.

3- Unsere Partei fordert für die Realisierung des Friedensprojektes den Staat auf, sich seiner Geschichte und Größe entsprechend zu verhalten und Konstruktivität zu zeigen. Desweiteren wird dazu aufgefordert, dass sich alle staatlichen Institutionen, die politischen Parteien, die Nichtregierungsorganisationen, einflussreiche Persönlichkeiten und die Medien konstruktiv verhalten sowie an der Phase aktiv mitwirken.

4- Es werden für die Entwicklung eines Friedens die Staaten der Region, die Internationalen Institutionen und alle anderen Menschen aufgerufen, ihren Beitrag für die Unterstützung des Friedens zu leisten. In dem Bewusstsein, dass der Frieden in der Region auch für den Weltfrieden einen positiven und großen Fortschritt bedeutet.

**7. außerordentlicher Kongress
der Arbeiterpartei Kurdistans**

20. Januar 2000